

Bern, 21. Mai 2011



Seco

Ressort Arbeitnehmerschutz

Herr Thomas Bertschy

Effingerstrasse 31

3003 Bern

Vernehmlassung zur Parlamentarische Initiative 09.462 Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops

Sehr geehrter Herr Bertschy
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative Lüscher, die wir gerne wahrnehmen.

Die vorgeschlagene Änderung verlangt, dass Tankstellenshops an Autobahnen und Hauptverkehrsstrassen auch nachts durchgehend und sonntags geöffnet haben dürfen. Die Umsetzung der Initiative Lüscher würde das Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot verwässern und den Arbeitnehmerschutz schwächen. Die SP Schweiz lehnt die vorgeschlagene Änderung des Arbeitsgesetzes deshalb entschieden ab.

Heute dürfen Tankstellenshops auf Autobahnraststätten und an Hauptverkehrswegen mit starkem Reiseverkehr geöffnet haben. Ein Bundesgerichtsentscheid hat bekräftigt, dass eine bewilligungsfreie Beschäftigung von Personal an Sonntagen und in der Nacht nicht allein durch das Verkehrsaufkommen gerechtfertigt werde, sondern durch den Umstand, dass der Verkehrsweg für den Reiseverkehr von grosser Bedeutung sei. Pendler- und Agglomerationsverkehr sind heute als Kriterium für die bewilligungsfreien Beschäftigungszeiten von Tankstellenshops ausgenommen.

Die parlamentarische Initiative Lüscher verlangt eine Änderung der bisherigen Formulierung in „Autobahnraststätten und Hauptverkehrsstrassen“. Dies hätte zur Folge, dass viel mehr Tankstellenshops unter die neue arbeitsgesetzliche Regelung fallen würden. Eine solche Entwicklung erachtet die SP als falsch.

Eine Lockerung der bewilligungsfreien Beschäftigung von Personal in Tankstellenshops in der Nacht und an den Sonntagen generiert keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert. Die Folge wäre aber, dass der Kampf um Marktanteile im Detailhandel noch verschärft und voll zu Lasten der Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals ausgefochten würde. Es kommt hinzu, dass die Einführung der Nacht- und Sonntagsarbeit bei zusätzlichen Tankstellenshops ebenfalls Auswirkungen auf andere Branchen und deren Beschäftigte hat: Nicht nur das Personal in den Tankstellenshops müsste neu Nachtarbeit leisten, sondern auch Reinigungskräfte, Sicherheitsdienste und Zulieferer. Die Umsetzung der Initiative Lüscher würde also zu einer generellen Zunahme von Nachtarbeit auch ausserhalb der Tankstellenshops führen. Das widerspricht dem strengen Schutz vor Nachtarbeit, der wegen der schädlichen Gesundheitsauswirkungen im Arbeitsgesetz verankert ist.

Es ist medizinisch erwiesen, dass Nachtarbeit eine physische und psychische Belastung für den Körper darstellt. Arbeitnehmende, die über längerer Zeit Nachtarbeit leisten, haben mehr gesundheitliche Probleme. Deshalb hat für die SP der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmenden Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen. Ebenfalls Tatsache ist, dass Nacht- und Sonntagsarbeit negative Auswirkungen auf das Sozial- und Familienleben haben. Geregelt gemeinsame Tages-, Nacht-, und Wochenrhythmen haben für das gesellschaftliche und familiäre Zusammenleben einen hohen Wert, den es zu erhalten gilt.

Weiter gilt es zu beachten, dass der Detailhandel zu den Tieflohnbranchen gehört und keinen allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag kennt. Beim Tankstellenpersonal akzentuiert sich die Situation nochmals. Die Arbeitnehmenden befinden sich bereits heute in flexiblen Arbeitsverhältnissen, die häufig Arbeit auf Abruf einschliessen und im Vergleich zu anderen Detailhandelsangestellten ein tieferes Lohnniveau haben. Die Arbeit in Tankstellenshops ist demnach bereits jetzt als prekär einzustufen. Mit der weiteren Lockerung des Sonntags- und Nachtarbeitsverbots, wie dies die parlamentarische Initiative Lüscher beabsichtigt, besteht die Gefahr, dass diese arbeitnehmerfeindlichen Zustände nochmals verschärft werden.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat
Präsident



Stefan Hostettler
Politischer Fachsekretär